



Die sofortige Beratung eines Antrages, der sich mit den ...

Bei den Worten des Abgeordneten Dr. (M.D.V.): ...

Dem Präsidenten gelang es nicht, die Ruhe wiederherzustellen ...

Die englisch-indische Konferenz.

London, 13. November. Die englisch-indische Konferenz wurde durch eine ...

Der König sprach alsdann vom verfassungsmäßigen Fortschritt ...

Die Gemeinlichkeit der Interessen müsse über allem stehen ...

Aus dem Preussischen Landtage.

Am preussischen Landtag gab anlässlich der Ansprache ...

Der Regierungsvorsteher betonte, er sei zu der Erklärung ...

Ein polnisches Tendenzurteil.

Der Spruch des Bromberger Gerichts stellt sich unmittelbar ...

Der Angeklagte selbst erklärte in seinem Schlusswort ...

Am Versailles!

Einseitige handnauseiche Presselinken. Stockholm, 14. November.

Welchen Schrei der Empörung hätte man nicht erhoben ...

hundes sich überlege und nicht dadurch, daß der Schutz des ...

Aus dem In- und Auslande.

Brüning und Schiele beim Reichspräsidenten.

Berlin, 14. November. Der Reichspräsident empfing den ...

Entscheidung in Thüringen erst nächste Woche.

Weimar, 14. November. Am Schluß der Landtagsausprache ...

Überbürgermeister Jarres zum Schiedsrichter.

Ausburg, 14. November. Prof. Dr. Siegelmeister hat im ...

Kleine politische Mitteilungen.

Gruppenleiter Unterwieser der NSDAP, angeführt. Der ...

Aus der Umgebung.

Neuba, 15. November.

— Kirchliches. Der Hauptgottesdienst kann morgen erst ...

— Gemischter Chor. Wer verwieseln nochmals auf das ...

— Chemalige 188er in Helbrungen. Zum Treffen ...

— Die Leipziger Messe im Jahre 1931. Die Leipziger ...

— Beichlingen. Am vergangenen Montag, dem zweiten ...

— Brühlschloß. Dem Tropfenheifer entgegen. Der Kapitän ...

— Bremen. Sämtliche Umzüge verboten. Auf Grund ...

— Leipzig. Herabsetzung der Stadtratsordnenndiensten ...

Sand gegen die Feuertreiberei merke und als er daraufhin zum ...

Torgau. Der im Finanzauschuss des Stadtparlaments ...

Halle. Mütter und Kind aus dem Feuer gerettet. ...

Neuhagen. Neunjähriger als Brandstifter. ...

Magdeburg. Die Eßbesäße wieder. In den letzten ...

Sachsen. Streikende Erwerbslose. Gegenüber ...

Aus Nah und Fern.

Berlin. Unglücksfahrt eines Kraftfahrers. Ein Kassehusbesitzer ...

Bremen. Sämtliche Umzüge verboten. Auf Grund ...

Leipzig. Herabsetzung der Stadtratsordnenndiensten ...

werden die Dänen auf 50 Reichsmark monatlich herabgesetzt (S. 140). Uebersteigt das persönliche Einkommen eines Stadtratsmitglieders 1000 Reichsmark im Monat, so werden Dänen überhaupt nicht mehr gewählt.

**Berlin.** Schließung mit Einbrechern. Bei einem Raubgang durch Neubabelsberg bemerkt ein kontrollierender Oberlandjäger, daß zwei Einbrecher damit beschäftigt waren, eine Zigaretten-Verkaufsstube zu plündern. Als der Beamte mit schußfertiger Revolver auf die Einbrecher zukam, gab einer der Einbrecher zunächst keinerlei einen Schuß ab. Der Oberlandjäger feuerte seinen Dienstrevolver in die Richtung der flüchtenden Einbrecher ab und schied auf getroffen zu haben. Doch gelang es nicht mehr, die Verbrecher zu fangen. In der Hufe fand man die in einen Stoff verpackte Diebesbeute sowie ihreres Einbruchszeug vor.

**Berlin.** Polizei und Universitätsgebäude. In den Kramladen an der Berliner Universität gibt der Polizeipräsident ein Erklärungsbüro heraus, in der gegenüber der Darstellung eines Abenbildes herorgehoben wird, der Kommandeur der Schutzpolizei habe den Rektor der Universität von vornherein nicht darüber im unklaren gelassen, daß die Polizei auf dem Universitätsgebäude genau so wie überall mit allen notwendigen Mitteln einwirkend berechtigt sei und auch in Zukunft allen Ausdrucksformen auf dem Universitätsgebäude entgegenzutreten werde. Weiter habe der Rektor nicht davon gesprochen, daß die Anwesenheit der Polizei auf die Studierendenschaft provozierend gemeint habe. Eine Aufforderung, die das berechnete und notwendige Eingreifen der Polizei als „Provokation“ ansehe, könne nicht klar genug zurückgewiesen werden.

**Zittau.** Notlandung eines französischen Flugzeuges bei Zittau. Am Freiabend bei Zittau mußte ein französisches Flugzeug der Sublime Marianne—Paris infolge Betriebsstoffmangels eine Notlandung vornehmen. Die Landung ging glatt vonstatten. Personen- oder Sachschäden wurden nicht angerichtet.

### Deichbruch und Riesenüberflutung. Große Schäden im Obseebiel.

Stade, 14. November.

Die Deichschäden an der Ose, südlich von Hesthansen, sind während eines Sturms mit Unmengen Wasser eingestürzt worden. Das Wasser ging schnell auf 20 Fuß mehr Ausdehnung über die Deiche und bald waren die Niederungen wieder weißem überflutet. Aus Gräben werden Überflutungen von über 1000 Morgen Weizen und Weiden gemeldet.

Die aus Gronenburg (Kreis Stade) gemeldet wird, hielt in der Mitte des Durchflusses nach Blumenhof die Deichsperre nicht stand, und durch die Ose flüchten die Fluten ins Hinterland, so daß mehr als 1200 Morgen unter Wasser gelegt wurden. Die Gewalt der anflutenden Flut spaltete alle Abflugsverbindungen.

Die ganze Niederung von Niederöschhausen (Kreis Bremervörde) bis zum Laumhäuser Deich ist überflutet. Der Seehöhepegel über die Ose ist eingestürzt. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

### Student von Schnellgericht verurteilt.

**Berlin, 14. November.** Das Schnellgericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte verurteilte den Studenten Dietrich wegen öffentlicher Beleidigung zu 60 Mark Geldstrafe. Bei den Urteilen über die Universität hat der Angeklagte einen Dolmetscher beigestellt, weil dieser auf einen Kommilitonen mit dem Namenstypus häufig einfließen hat. Der Dolmetscher behauptete, einen Studenten mißhandelt zu haben. Er habe lediglich den Befehl, den Platz vor der Universität zu räumen, ausgeführt. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 100 Mark beantragt.

### Freuenord bei Potsdam.

**Potsdam, 14. November.** Auf der nahe bei Potsdam gelegenen Domäne Fehland wurde in der Spätnachmittag die Braut des polnischen Landarbeiters Prala ermordet aufgefunden. Sie war im Beck mit einer Art gefüllt worden. Prala selbst mit allen seinen Habseligkeiten seit der Nacht spurlos verschwunden. Der Pöbel wollte offenbar das Mädchen nicht mit in die Heimat nehmen und hatte die Scharfente mit einem einzigen Wurfstoß auf der Stelle getötet. Nach dem verschwindenden Mörder wurde bisher kein Ergebnis erzielt.

### Kleine Chronik.

**Erdbeden in Südwestschweden.** Bei Söderö (Südwestschweden) wurde ein ziemlich hartes Erdbeden verrißt, das 25 Sekunden lang andauerte. Auf einem Gutshof in Söderö fielen die Wände von den Wänden. Auch in weiterer Entfernung zitterten noch die Fensterstüben.

**Pariser Bankiers der Unterdrückung bezichtigt.** Gegen den Inhaber sowie gegen den Präsidenten des Verwaltungsrates der vor einigen Tagen in Bankrott geratenen Pariser Dufour wurde Anklage wegen Unterdrückung und Betrugs eingereicht. Man wirft der Bank vor, mit den bei der Bankierten privaten Wertpapieren auf eigene Rechnung Spekulationen durchgeführt zu haben. Pariser Dufour erklärte bei seinem Verhör, daß es sich um Verleumdung handele, da alle Finanzoperationen in Übereinstimmung mit dem Wortlaut der Statuten des Bankensyndikats durchgeführt worden seien.

**Mitbräute auf Korsika.** In Bastia auf Korsika spielte sich wieder eines jener Dramen ab, die in der dortigen Gegend nichts Unbekanntes sind. An einer Gaststätte erschien plötzlich ein Mann, feuerte aus einem Revolver blindlings einige Schüsse auf die Gäste ab und verschwand gleich wieder. Zwei der Betroffenen waren auf der Stelle tot, ein dritter hatte eine Kugel in Kopf und Brust erhalten und wurde in höchstschmerzlichen Zustände in ein Krankenhaus überführt. Der Mörder, der etwas später verhaftet wurde, weigerte sich, irgendeine Erklärung über seine Missetat abzugeben. Man nimmt jedoch an, daß es sich um eine Vergeltung handelt, wie sie in Korsika immer noch an der Tagesordnung sind.

**Sturm über der Adria.** In einem heftigen Sturm an der adriatischen Küste sind mehrere Fischerboote untergegangen. Sechs Fischer fanden dabei den Tod.

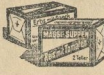
**Neubauquellbrun in Madrid.** In Madrid führte ein Neubau ein vier Meter hohes Gebirge, mehrere Meter Arbeiter wurden schwer und tiefen leicht verletzt. Der Baumstamm wurde bei einem Sturzwurde zerstört.

**Selbstmord eines in London wegen Veruntreuung verhafteten Deutschen.** In einem Londoner Gefängnis wurde

### Für nur 13 Pfennig

### 2 Teller gute Suppe

müheles — nur durch Kanne  
Kochen mit Wasser — aus



**MAGGI'S**  
Suppen-Würfel

ein 24jähriger deutscher Bürobeamter, Willi Schaumann, in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Schaumann war wegen Veruntreuung auf Erfinden der deutschen Polizei verhaftet worden und sollte nach Deutschland ausgeliefert werden.

**Dampferbrand auf der Themse.** Der 3800 Tonnen-Dampfer „Dunluha“ geriet auf der Themse in Brand und mußte auf Grund gelegt werden. Die wertvolle Ladung ostindischer Teuanjeunies mußte unter Wasser gelöst werden.

### Zur Niedrigwasserregulierung der Elbe

Der von Ostpreussischer Seite ist im Preussischen Landtag ein Antrag eingebracht worden, in dem es unter anderem heißt: Das Staatsministerium wird im Interesse der immer darüberliegenden deutschen Wirtschaft ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sie die Niedrigwasserregulierung der Elbe in das Programm der Regierung aufnehme und zu dem Zwecke ausreichende Beträge aus den verfügbaren Mitteln in die Etats der nächsten Jahre einsetzt, insbesondere für den Durchbruch des Kurzen Wurfs, die Regulierung der Fahrwasserkanäle in der Gegend bei Magdeburg, Borsdorf und Boizenburg, an der Torgauer Brücke, bei Althausen und für die beschleunigte Herstellung der Saalekatzen; bei diesen Arbeiten insbesondere die Interessen der Landwirtschaft zu berücksichtigen und, soweit Bodenverbesserungen zu erzielen sind, entsprechende Zuschüsse zur Verfügung zu stellen.

### Gemeinsame Kundgebung von Einzelhandel und Beamtenchaft.

Die Not der Zeit zwingt zum Handeln. Alle Glieder des Volkes und alle Wirtschaftszweige sind dazu berufen. In erster Linie gilt es, die harten Gegensätze und Feindschaften abzumildern und die Grundlagen für eine gemeinsame Arbeit zu schaffen. Aus dieser Erkenntnis heraus und durch die Initiative ihrer Führer haben der Einzelhandel und die Beamtenchaft Thüringens einen Weg beschritten, der — wenn er zum Erfolge führt — auch über Thüringen hinaus und für das Reich richtungweisend sein kann. Zu einer gemeinsamen Aussprache fanden sich am Montag in Anhaltstadt die führenden Vertreter des Thüringer Beamtenbundes und des Einzelhandelsverbandes Thüringens e. V. zusammen. Durch fröhliche, offene und ehrliche Rede und Gegenseite sollten alle die Kräfte angeleitet werden, die bei einer oder der anderen Seite Anlaß zu Beschwerden und Bestimmungen gegeben hatten. Als aufrichtige Männer wollte man sich gegenüberstellen, um nicht mehr miteinander abzurufen, sondern ein Stück unter das Gewölke zu machen und von nun an gemeinsam das Nützliche zu betonen.

Die Tagung war von führenden Persönlichkeiten aus allen Teilen Thüringens hart besucht. Als Gäste nahmen daran teil die Bezirksamtsleiter des Thüringer Beamtenbundes sowie das Bezirksamtssitzungsbüro von Anhaltstadt und Saalfeld. Das einleitende Referat hielt Studienrat Kühn-Weimar, der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes, über das Thema: „Beamtenchaft und Einzelhandel“. Herr Kühn wies zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, daß viel dazu gehöre, heute in der Öffentlichkeit ein solches Problem zu erörtern, denn mit den Beamtenfragen lasse man heute geradezu ein heißes Eisen an. Da aber neben den politischen Parteien jetzt immer mehr auch die Berufsstände dazu übergingen, sich gegenseitig zu bekämpfen, müsse sich auch dem Volke heraus mit elementarem Gewalt eine Art Bestreunungsbeziehung herausbilden. Diese allein werde in der Lage sein, die immer mehr der deutschen Wirtschaft und des Volkes zu meißeln. Der Beamtenbund begrüße, daß hier zunächst im festen Kreise eine offene Aussprache von Mann zu Mann erfolge, obwohl damit nur ein Teilproblem des deutschen Existenzkampfes angefaßt werden könne. Es ging nicht an, daß der Berufsstand im anderen nur seinen Gegner sieht. Nicht das Gegenseitige ist zu betonen, sondern der Weg zur Zusammenarbeit zu suchen. Die Führer der Beamtenchaft wollten nicht leugnen, daß es Elemente genug gibt, die sich unter dem Schilde des Beamtenbundes unehrlichen Geschäften widmen, die dem gewerblichen Mittelstand als gefährlich angesehen werden muß. Von solchen Kreisen rüde die Berufsorganisation der Beamtenwelt ab. Wollte man aber eine einigende Front bilden, dann müßte auch von jenen Kreisen noch mancher Stern des Aufstiegs hinweggeräumt werden. Die Beamtenchaft selbst entließ sich nicht der Beamtenbeide, die von einem großen Teil der nicht-beamten Bevölkerung betrieben werde. Mit vielen Beispielen konnte dies der Redner beibringen. Er ging dann auf die Sonderstellung ein, um die der Beamte heute so schwer beneidet wird, aber der Beamte nicht selbst, sondern des Staates Willen befinde. Keineswegs werde die Wirtschaft auch nur den Gedanken Raum geben wollen, das starke Gefüge des Berufsbeamtenbundes durch Entziehung seiner Sonderstellung zu untergraben helfen. Auch die Auffassung, es bestünde eine Beamteninflation, sei irrig, wohl bestünde aber eine Geldinflation, und die volle die Wirtschaft gemeinsam mit der Beamtenchaft bekämpfen. Das Berufsbeamtenbunde habe den ersten Willen, mit dem Einzelhandel zusammenzugehen und mit ihm eine Schicksalsgemeinschaft zu betreiben. Der Einzelhandelsverband müsse nun von sich aus die Atmosphäre, die selber heute noch ein gemeinsames Handeln erschwert, zu entspannen versuchen und dazu beitragen, daß eine feste, einigende Front entstehen kann. Auch die Zurückhaltung der Beamtenchaft habe einmal ein Ende, wenn die Abneigung und die verletzten Leistungen aus Kreisen gewerblichen Mittelstandes gegenüber der Beamtenchaft nicht unterbleibe. Diefelbe Aufgabe habe der Einzelhandel nicht unterbleibe, sondern die Beamtenbund erfüllen. Neben den sonstigen Pflichten wolle die Beamtenchaft gern und freudig gemeinsam auch mit dem Einzelhandel der Wioner Seite zum Aufbau einer glücklichen Entwicklung des schwer darüberliegenden deutschen Vaterlandes.

Der zweite Hauptredner, Verbandsvorsitzender Kaufmann Otto Kasper, wählte seine Ausführungen das Leitmotiv voran: „Gemeinnut geht über Eigennut“. Die einigende Berufsfront müsse sich endlich gegenseitig verstehen lernen, denn Wirtschaft habe alles an dem Einzelhandel und der Beamtenchaft gescheitert und die Atmosphäre vergiftet. Der Einzelhandel ist nicht Preisdiktator, sondern nur Preissträger, er habe gar kein Interesse an

hohen Preisen, sondern nur an hohen Umsätzen. Besonders gefährlich werde es aber dem Handel, wenn gleichzeitig Umsatz und Preise sinken, und das sei augenblicklich in hohem Maße der Fall. Der Beamteninflation wird nach der anderen Seite eine Inflation der Handelskräfte entgegengestellt. Eine Herabsetzung des Einzelhandels müßte suggerieren, aber herangezogen, daß die Folgerung nicht zutrifft, eine Herabsetzung des Einzelhandels müßte verhängnisvoll sein. Im Gegenteil, durch allseitige Kontraktion würden die Preise über Gebühr gedrückt. Um die Lage der Einzelhändler zu erleichtern, sollten auch die Verbraucher mehr auf die Qualität der Gegenstände und auf die Garantie des Kaufmanns als nur auf die Preise sehen. Die Frage, was dem Einzelhandel von der Beamtenchaft trennt, wurde insbesondere mit dem Hinweis auf die Beamtenkonföderation und auf den gemeinsamen Warenbezug der Beamten beantwortet. Diese Beidung bewirke die gegenseitigste Bedarfdeckung müsse dem regulären Handel schweren Schaden zufügen. Daß die Beamtenorganisation schon fast langem dem Einzelhandel entgegenwärt, wird vom Einzelhandel dankbar anerkannt. Das Vertrauen des Geschäftsmannes zu der objektiven Bemessung des Preises, der sich nebenamtlich mit Einzelhandel oder mit Warenverkehr beschäftigt, könne nicht sehr hoch sein. Da aber die Führung des Thüringer Beamtenbundes mit letzterem Zutritt auf diese die thüringische Wirtschaft schädigende Auswüchse zu unterbinden veruche, bestche die Hoffnung, daß auch die letzten Reste bald beseitigt sein würden. Auf der anderen Seite betraute es der thüringische Einzelhandelsverband als seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß mehr nur aus unbegründetem Neid geborene Notworte und Heereien gegen die Beamtenchaft künftig unterbleibe. Mit der gesamten Wirtschaft wünschte der Einzelhandelsverband ein entpolitiertes, ein vorgebildetes Beamtenum und die Sicherung seiner Grundrechte. Demgegenüber erwarbt der Einzelhandel, daß der Beamte nicht zu seinen wirtschaftlichen Gevner wird, sondern zum Freund und Bundesgenossen im Kampf gegen die Not und dabei im Kampf gegen die bolschewistische gefährlichen Mächte der Trunks und Kartells. Das gegenseitige Vertrauen beider Parteien und zu festigen sei ein Ziel, das für die Einzelhandelsverband mit dem Beamtenbund als Maßstabur seines Handelns dienen lassen würde. Der gemeinsame Kaufkraft müsse sein: Der deutschen Wirtschaft mitten ins Herz!

Beide Reden wurden mit lebhaftem Beifall der großen Versammlung aufgenommen. An der daran anschließenden mehrstündigen Aussprache wurden die einzelnen Reden noch vertieft und viele neue Fragen aufgeworfen. Aber durch alle Reden hindurch lag immer wieder der gleiche Wunsch, sich bei beiden Lagern zusammenzufinden, nicht mehr leidenschaftig anzufangen, sondern schon drüben im engeren Kreise auf ein gegenseitiges Verständniss hinanzubringen, sich zu achten und nicht zu mißtrauen. Der Weg dazu ist geradlinig und er ist auch schon fast längerem erfolgreich beschritten, wie die Vertreter des Einzelhandels und dem Bezirk Sonderhausen rühmend für die bisherigen Beamten hervorhoben.

Studienrat Kühn beendete in seinem Schlußwort, daß es im Rahmen einer solchen notwendigen Aussprache nicht möglich sei, die Fülle und Tiefe der Probleme auch nur annähernd auszuschöpfen. Im übrigen habe sich aber die erhellende Tatsache ergeben, daß beide Teile nach der einen oder anderen Richtung voneinander zu lernen haben. Es gäbe noch viel Mißverständnisse zu klären. Herr Kühn ging dann auf verschiedene Einzelfragen ein, u. a. auf die Beidung etwaiger Vorkonflikten von Beamten gegen Einzelhandelsgeschäfte, die Notwendigkeit einer einmaligen Steuererleichterung, die Konsumgenossenschaften, die ihre Initiative zur Beidestimmung noch nicht erfaßt hätten usw. Bei der Verteilung der Rede zwischen beiden Berufsgruppen wollte man nicht übersehen, daß nach den neuesten Feststellungen der Beamtenkonföderation bereits der Beamte der Beamten weitere Rechte aufgenommen haben, woraus man erkennen wolle, daß auch der Beamte nicht auf Rosen geteet und jetzt auch nicht mehr inlande sei, zu sparen. In der stillen ehrlichen Tagesarbeit aller, und nicht im Trommelwirbel der Schlagmorte liege die Möglichkeit einer glücklichen Zukunft, und für diese zu arbeiten, solle das Gebot der Stunde sowohl für Einzelhandel wie für die Beamtenchaft sein. — Der Vorliegende Kasper schloß die Kundgebung mit der Feststellung, daß der von allen Seiten uneingeschränkt zum Ausdruck gebrachte Ehrliche Wille zur Verständigung und zur gemeinsamen Arbeit alle Erwartungen der Beteiligten übererfüllen habe.

Die Kundgebung aber behandelte einen Friedensschluß zweier bis jetzt im einzelnen stärker als in der Gesamtheit sich feindlich gegenüberstehenden Berufsgruppen. Dem kritischen Beobachter der Anhaltstädter Versammlung war die mehr als eine improvisierte Aussprache, denn mit ehrlicher Lieberzeugung wurde ohne Aufdringlichkeit der Standesinteressen der Verständigungswege gefolgt. Ob er wirklich gefunden ist, muß die Zukunft beweisen. Am guten Willen fehlt es weder dem Einzelnen noch der Gruppe. Solch jedoch das große Verlangen zur Einigkeit nicht wirkungslos verpuffen, sondern sollen aus dem heute ausgebreiteten Samen Früchte reifen, dann muß aus dem Anhaltstädter Beamtensitzung eine Bewegung entstehen, die rühlos vorwärts führt, ihre Parteilichkeiten kennt und wo sich solche entgegenstellen, sie rühlos überrennt!

### Kirchliche Nachrichten

**22. Sonntag nach Trinitatis, den 16. November 1930.**  
Sonntagspruch: „Er hat gesagt: „Ich will dich nicht verlassen noch verläßnen.“ (Hebr. 13, 5.)

**12 Uhr:** Abendgottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindefest.  
**2 Uhr:** Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefest.  
**4 Uhr:** Hauptgottesdienst in der Kirche. (Pastor Geisweiser hielt die Predigt.)

**Mittwoch, abends 8 Uhr:** Abendessen im Gemeindefest.  
**Freitag, abends 8 Uhr:** Jungmännerverein im Gemeindefest.

### Spiel und Sport.

#### Rebner Sportvereinigung 1924.

Sonntag findet nun ein einziges Wettkampfspiel, und zwar 11.30 auf unserem Platz statt. Es spielt die zweite Mannschaft des T. S. G. Carlsdorf gegen unsere dritte. Carlsdorf hat in letzter Zeit beträchtlich an Spielfähigkeit gewonnen und man ist im allgemeinen auf den Ausgang des Spieles gespannt. Schiedsrichter stellt der F. F. W. Weihenstrubbe. Alle anderen Mannschaften sind spielfähig. — Unsere Mitglieder und eingeladenen Gäste werden nochmals auf das heute abend im Vereinslokal stattfindende Herbstvergüngen hingewiesen.

### Gymna-Beilage.

Unsere heutigen Ausgaben ist ein Weihnachtspostkarte der bekannten Firma August Eulenberg in Einband begeben, der bei der Beachtung unserer Leser empfohlen. Die Firma Eulenberg hat sich in den 40 Jahren ihres Bestehens Weltweit erworben, wobei es ihr, auf ihre Leistungsfähigkeit noch besonders hingewiesen.



# Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben in Nebra“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postkonton: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Refarmetzel 20 Pf. Anzeigenannahme an Brudrungen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkassa Nebra — Sautereinstern.

Nr 136

Sonnabend, den 15. November 1930

43. Jahrgang

## Der gute Glaube der Reichsregierung. Berliner Bäder und Fleischer für Preisentzug.

Berlin, 13. November.  
Dem in der Kabinetsbesitzung eingeleiteten Ausschuss, der die Preisentzugsaktion besonders betreiben soll, gehören folgende Persönlichkeiten an: der Reichsanwalt, der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeitsminister, der stellvertretende Reichsarbeitsminister Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der Reichsernährungsminister sowie der preussische Handelsminister Dr. Schröder.

Wie vom zuständigen Stelle erklärt wird, haben die Vertreter des Berliner Bädervereins und der Fleischer, daß über 4000 Bäder Groß-Berlins bereit seien, die Abmachungen ihrer Spartenverträge mit der Reichsregierung über die Preisentzug auf jeden Fall einzuführen. Diefelbe Erklärung ist von dem Fleischer-gewerbe abgegeben worden.

Was die Verhandlungen mit der Regierung mit den Milchhändlern anbelangt, so glaubt die Reichsregierung nicht, daß die Organisationen, mit denen die Regierung bereits die Abmachungen getroffen habe, diese nicht anerkennen wollten. Das Reichsernährungsministerium hat jedoch die Vertreter der Organisationen zum einmaligen Verhandlungen ins Reichsernährungsministerium gebeten.

## Rundgebung des Kleinhandels. Die öffentlichen Läden müssen abgebaut werden.

Berlin, 14. November.  
Der Zentralverband der Lebensmittelhändler Deutschlands veranstaltete in Gemeinschaft mit dem Reichsverband Deutscher Obst- und Gemüsehändler eine Rundgebung, der auch zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden beiwohnten. Der Bundesratspräsident Emdin hat betont, der Lebensmittelhandel habe sich dem Gedanken einer Umwidmung der Preise nicht nur nicht verschließen, sondern er sei zum Teil genötigt durch die ständig rückwärts gewanderten Gemeinwohlziffern, auf dem von der Reichsregierung eingeschlagenen Wege voranzutreten.

Der Kleinhandel wehre sich aber dagegen, daß er in der breiten Öffentlichkeit unter Verwendung unkontrollierter und vor allem östlich unbegründeter Ziffern über Preis- und Verdienstpannen als jener Teil der Wirtschaft eingestuft werde, der lediglich darauf ausgeht, die Mägen der Verbraucher auszunutzen und sich selber möglichst Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit in die Tasche zu stecken.

An der Hand umfangreicher Zahlenmaterialien wies der Redner nach, daß besonders der Kartoffelmarkt mit einer geringen Verdienstpanne arbeite. Die Frage der Preisentzug könne nur erfolgreich gelöst werden, wenn die Reichs- und Städte dabei mitwirken. Dringend erforderlich sei ein Abbau der Tarife für Kraft, Strom, Gas und Wasser. Der Kleinhandel habe sich trotz der auf ihm ruhenden Lasten entschlossen, die Bemühungen der Reichsregierung zur Herbeiführung besserer innerwirtschaftlicher Verhältnisse so weit als irgend möglich zu fördern, und werde, sobald es die Umstände gestatten, auch ohne Zutun der Regierung auf dem betreuen Wege fortfahren.

## Preisentzug in der Elektro-Industrie.

Die elektrotechnische Industrie hat im Verfolg ihrer Anfängung vom 13. Oktober beschlossen, schon mit Wirkung vom 15. November 1930 ab die Listenpreise für Motoren, Motoren, Transformator, Zähler, Apparate, Installationsmaterial und Hausaltgeräte um fünf Prozent zu senken.

Dieser Beschluß legt baldige Senkung der Preise der Zulieferanten voraus und ist erfolgt, obwohl der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erst am 19. Januar nächsten Jahres in vollem Ausmaß in Kraft tritt.

## Die Hausfrauen über die Lebensmittelpreise.

Die Zentrale der Hausfrauen-Vereine Groß-Berlin schreibt: Mit steigendem Befremden nimmt die Zentrale der Hausfrauen-Vereine Groß-Berlin e. V. von dem Verhalten der Berliner Fleischer und Brotfabrikanten Kenntnis, die sich an ihre Zulage nicht für gebunden erachten. Da auf diese Weise der höchste erste Anfang von Preisentzug für lebenswichtige Nahrungsmittel sabotiert wird, so sprechen die Hausfrauen die bestimmte Erwartung aus, daß die Energie aufgebracht wird, um die Beteiligten zur gerechten Erfüllung ihrer Zulage anzuhalten. Weiter wird die Ermutung ausgesprochen, daß die Preisentzug für Fleisch sich nicht nur auf Schweinefleisch erstreckt, sondern auf das vollständig weit bedeutsamere Rindfleisch sowie auf die übrigen Fleisch- und Wurstsorten ausgedehnt wird.

## Arbeits- und Preisentzugfragen vor dem Kabinettsauschuss

Berlin, 14. November.  
Der vor einigen Tagen gebildete Kabinettsauschuss für Arbeits- und Preisentzug trat gestern in der Reichstagszeit unter Vorsitz des Reichsanwalts Dr. Brüning erfindlich zusammen. Es nahmen u. a. als Reichsanwalts Dr. Cuhse, der Reichsminister Dr. Dietrich, Dr. Siegerwald und Schiele, der preussische Handelsminister Dr.

Schröder und der Leiter des Reichsarbeitsministeriums Dr. Trendelenburg.

In der gestrigen Sitzung wurde vor allem eine systematische Aufstellung des ganzen Arbeitsgebietes vorgenommen, um durch organische Zusammenarbeit die auf Preisentzug gerichteten Tendenzen mit aller Macht zu stärken. Eine Verlautbarung über das bisherige Ergebnis der amtlichen Maßnahmen wird heute folgen. Die Beratungen des Kabinettsauschusses werden laufend fortgesetzt.

Wie wir in Ergänzung der Mitteilung über die gestrige Sitzung des Kabinettsauschusses des Reichsministeriums für die Preisentzug noch ergänzen, ist der Ausschuss in der Materie ziemlich weit vorwärts gekommen. Man hat die einzelnen Arbeitsgebiete in der Form auf die Mitglieder des Ausschusses verteilt, daß das zuständige Ministerium jetzt zum Beispiel die Frage prüfen wird, wie die Zulage gelöst werden können. Ein anderes Mitglied des Ausschusses wird das Problem der Preisentzug für Warenartikel übernehmen. Durch dieses systematische Vorgehen hofft man, die ganze Aktion zu beschleunigen. Die nächste Sitzung des Ausschusses wird Anfang nächster Woche stattfinden. Bis dahin soll bereits für eine Reihe von Fragen das erforderliche Material bearbeitet sein, damit der Ausschuss dann über weitere Maßnahmen berichten kann.

Der Berliner Abendblatt will übrigens wissen, daß die Einlegung eines besonderen Reichsministers für die Preisentzug beabsichtigt ist. Wir können feststellen, daß hier von einem zentralen Stelle etwas bekannt ist. Eine solche Einrichtung würde auch kaum mit dem jetzt eingeschlagenen Verfahren des Kabinettsauschusses in Einklang stehen. Dazu kommt noch, daß der Kanzler beabsichtigt selbst den größten Wert darauf legt, die Führung der Preisentzugsaktion in der Hand zu behalten, um hier durch das Schwergewicht seiner Stellung zum Erfolg zu verhelfen.



Der Kabinettsauschuss für die Preisentzugsaktion. Von links nach rechts: Reichsanwalt Brüning, Vorsitzender des Ausschusses; Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsernährungsminister Schiele, Staatssekretär Dr. Trendelenburg im Reichsarbeitsministerium, preussischer Handelsminister Schröder, Reichsarbeitsminister Siegerwald.

## Der Finanzminister zum Reichsfinanzprogramm.

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer äußerte sich im preussischen Landtag im Rahmen der dritten Beratung der preussischen Durchführungsbestimmungen für die neuen Kommunalsteuern ausführlich über das Finanzprogramm der Reichsregierung. Der Minister richtete an die Beamtenchaft den Appell, die Gehaltsstützungsmaßnahmen verständnisvoll zu ertragen, da sich am 1. April vielleicht ergeben werde, daß die Gehälter nicht herabgesetzt, sondern dem gestuften Preisstand angepaßt worden seien. Die Reichsregierung habe den besten Willen, die Preisentzug weiterhin tatkräftig zu betreiben und durchzuführen. Bedenken seien dagegen zu erheben hinsichtlich der Neuregelung der Wohnungswirtschaft und der Realsteuerentzug.

Beziehen würden danach im nächsten Jahre nur 120 Millionen Rm. Hauszinssteuer für die Neubaulastigkeit zur Zeichnung stehen, ein Betrag, der in seinem Verhältnis zum 2. Darf liege. Deshalb habe die preussische Regierung vorgezogen, die Hauszinssteuer mit dem Ziel zu kürzen.

Die preussische Regierung werde dem Plan der Reichsregierung mit den wichtigsten Änderungsanträgen zustimmen und hoffe, daß die Reichsregierung mit festem Willen zur Durchführung ihrer Pläne vor den Reichstag treten werde.

## Gemeindesteuern endgültig angenommen.

Anschließend wurden die Durchführungsbestimmungen für die Gemeindesteuer, Gemeindesteuer- und Bürgersteuer in oamenschaftlicher Abstimmung mit 251 gegen 146 Stimmen endgültig verabschiedet.

## Voraussetzung für den Wiederaufbau.

Duisberg über die deutsche Handelspolitik.  
Solingen, 14. November.  
Die Volksversammlung der Industrie und Handelsämter aus Solingen wurde von Geheimrat Duisberg mit Aus-

## Winterbeihilfe für die Erwerbslosen? Ein Bedarf von 337 Millionen.

Berlin, 14. November.  
Am Haushaltsauschuss des Reichstages beantragten die Kommunisten eine Winterbeihilfe des Reiches für alle fürsorgeredigten. Jeder Hauptunterstützungsempfänger sollte 40, jeder Unterhaltsberechtigte oder Empfänger von Waisenrente 32 Mark erhalten. Nach längerer Aussprache beantragte die Deutschnationalen, die Beihilfen in Form von Naturalien, insbesondere in Brennstoffen und Lebensmittel, die im Anlande erzeugt wären, zu gewähren. Die Wirtschaftspartei beantragte, daß diese Naturalien auch in Reichs-, Wäldchen und Schutzwald bestehen könnten.

Da das Reichsarbeitsministerium den Aufwand für die Bewerblung des kommunikativen Antrages vorläufig auf 37 Millionen schätzte, und das Reichsfinanzministerium nicht wollte, wobei es die Deckung dafür nehmen soll, um es auf Antrag des Zentrums die Regierung ersucht, eine Aufstellung vorzulegen, welche Geldbedarf der kommunikativen Antrag genau erfordert, und welche Deckungsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Die Beschlußfassung über den kommunikativen Antrag wurde bis zum Eingang der Regierungsausschuss zurückgestellt.

## Schiedspruch im Ruhrbergbau.

Schiedsstabkommen bleibt vorläufig bestehen.

Erfen, 14. November.  
Die Schlichterkammer unter dem Vorsitz von Regierungsrat Prof. Brahm fällt zum Arbeitszeitkonflikt im Ruhrbergbau folgenden Schiedspruch: Das bisherige Arbeitszeitabkommen wird unverändert bis zum 30. September 1931 wieder in Kraft gesetzt. Das Abkommen ist erstmalig am 1. August 1931 zum 30. September 1931 fällig. Über die Schlichtung auf den heißen Zehen, insbesondere über die Durchführung der 7½-Stunden-Schicht auf diesen Zehen sollen besondere Schlichtungsverhandlungen in einlegeter Zeit stattfinden.

Die Nachverhandlungen wegen der Verbindlichkeitsklärung werden voraussichtlich in der letzten Novemberwoche in Berlin stattfinden. Die Parteien haben sich bis Montag über Annahme oder Ablehnung des Schiedsprudges zu erklären.

## Aus dem Sächsischen Landtag.

Abgeordneter Wedel (Soz.) Landtagspräsident.

Dresden, 14. November.  
An der Sitzung des Sächsischen Landtags wurde noch Eintritt in die Tagesordnung von der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorgeschlagen. Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen. Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

Der Nationalsozialist Dr. Freylich wies auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hin, die eine deutliche Mehrheit für die Nationalsozialisten brachte, und schlug dem Landtag vor, die Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wedel zum Beschlusse vorzuschlagen.

## Um den Univeritätsstand.

Lärmjahren im Preussischen Landtag.  
Berlin, 14. November.  
Am Preussischen Landtag kam es zu Beginn der Sitzung zu heftigen Lärmjahren. Die Deutschnationalen verlangten